



**TEAM
STRACHE** 
LIESING

Betreff: Verhinderung sogenannter "Supergrätzeln" in Liesing

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung Liesing stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 15.12.2022 gemäß §24 Abs.1 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Liesing spricht sich gegen die Einrichtung sogenannter "Supergrätzln" im Bezirk aus.

Begründung

In Wien werden neue Straßen wie zB. die Thaliastraße (16. Bezirk) und Sonnwendviertel (10. Bezirk) „verkehrsberuhigt“. Verkehrsplaner Prof. Günter Emberger von der TU Wien stellte kürzlich eine Studie vor, die folgendes Szenario für Wien vorgibt:

- In Wien muss die Anzahl der PKW bis 2030 von 375 auf 250 pro 1.000 Einwohner reduziert werden.
- Die Wiener müssen mehr zu Fuß gehen und Rad fahren.
- Erreicht werden soll dies durch eine großflächige Vernichtung von Parkplätzen. damit die Wiener Bürger gezwungen werden auf den Besitz eines Autos zu verzichten.

Die Wiener Stadtregierung leistet bereits seit 30 Jahren Vorschub, in dem etwa jetzt auch die Thaliastraße als wichtige Verkehrsader „verkehrsberuhigt“ umgebaut wird. Zu diesem Zweck werden massiv Sitzbänke errichtet und die Gehsteige bis zum Schienenbankett vorgezogen.

Im 10. Bezirk wird das Sonnwendviertel zum „Supergrätzl“ - nur mehr Anrainer dürfen zufahren, Ortsfremde nicht mehr, diese müssen den Bereich großräumig umfahren - es sollen weitere „Supergrätzln“ in Wien folgen.



**TEAM
STRACHE** 
LIESING

Die Vorgehensweise ist immer gleich: Es werden nur die Anrainer befragt. Im Falle der Thaliastraße, die etwa eine Länge von 3 km hat, wurden nur 3.000 Anrainer befragt. Der Rest der 166.000 Ottakringer blieb von der Befragung ausgeschlossen, was zu Protesten der Bevölkerung im 16. Bezirk führte.

Weitere „Verkehrsberuhigungen“ sollen großzügig nach und nach in Wien folgen. Die Wiener Verkehrsfläche, die den Autofahrern dadurch entzogen wird, ist bereits signifikant, was wiederum zur Folge hat, dass die Wiener das von ihnen steuerfinanzierte Straßennetz nicht mehr vollständig nutzen können, weil die Nutzung der Mobilität durch Kraftfahrzeuge „fremdbestimmt“ eingeschränkt wird.

KO Bez.- Rat Thomas Neuhuber

Bez.-Rat Josef Temmel

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.